



# JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

**Bücher  
Wach!**

LEISTUNGSGESELLSCHAFT



# BUKO 53



Am 29. und 30. Oktober fand im schönen Hirschhäid unser 53. Bundeskongress statt. Neben zahlreichen Anträgen – unter anderem zur beruflichen Bildung und zum Brexit – fanden auch zwei Nachwahlen für den Bundesvorstand statt. Johannes Zabel aus Berlin und Clarisse Höhle aus Nordrhein-Westfalen gehören jetzt zum Team des Bundesvorstands. Der Besuch von FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki ermöglichte uns JuLis zudem eine Aussprache mit der Mutterpartei.



4-5

### Wir wollen wieder in einer Leistungsgesellschaft leben!

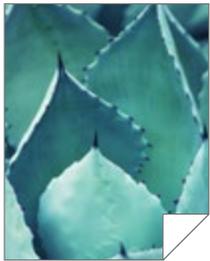
AfD, Brexit und Trump sind Symptome einer Unzufriedenheit. Um dieser entgegenzuwirken, müssen Leistung und Wohlstand wieder zusammenfallen.



8-11

### Eine leistungsgerechte Erbschaftsteuer

„Privateigentum ist unantastbar“ und „Leistung muss über die Position des Einzelnen in der Gesellschaft entscheiden“ sind zwei urliberale Positionen. Doch welche ist uns wichtiger?



16-17

### Das Leistungsprinzip made by nature

Höher, schneller, besser - immerfort strebt der Mensch nach Verbesserung und Optimierung. Gentechnik kann dazu vermutlich schon in naher Zukunft einen großen Beitrag leisten.



18-19

### Neoliberalismus - Schimpfwort oder Tugend?

„Neoliberal“ ist im aktuellen Politikbetrieb zum Stempel für alles geworden, was vor allem Linke ablehnen. Ein Versuch, den Begriff zu erklären und ihn zu rehabilitieren.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Wir wollen wieder in einer Leistungsgesellschaft leben!
- 6 Ihr seid doch alle nur Neoliberalisten!
- 8 Eine leistungsgerechte Erbschaftsteuer - 0 oder 100 Prozent?
- 12 Aktive Mitgestaltung als Voraussetzung für die Leistungsgesellschaft
- 14 Kinder haften (nicht) für ihre Eltern!
- 16 Das Leistungsprinzip made by nature
- 18 Neoliberalismus - Schimpfwort oder Tugend?
- 20 Internationale Seite
- 22 Mein Leben ist ein Rihanna Song
- 23 Impressum

## EDITORIAL

# Hallo, ihr Lieben!

Das Jahr 2016 neigt sich dem Ende zu. Mir hat es sehr großen Spaß gemacht, mit euch schon zwei sehr interessante Themen im jung + liberal aufzugreifen und hitzig zu diskutieren. Die letzte Ausgabe dieses Jahres soll ein bisschen weniger hitzig und dafür philosophischer werden als die beiden vorherigen Hefte.

Mit dem Slogan „Leistung muss sich wieder lohnen!“ führte die FDP 2009 einen ziemlich erfolgreichen Wahlkampf. In der darauffolgenden Legislaturperiode konnte sie auf diese Worte aber zu wenig Taten folgen lassen und enttäuschte die Wähler ganz offensichtlich massiv. Bei der Bundestagswahl 2013 wurde sie daher mit einem Ergebnis von 4,8 Prozent abgestraft und flog erstmals in ihrer Geschichte aus dem Deutschen Bundestag. Das war für alle Liberalen ein sehr herber Schlag. Doch wer Leistung als Wert vor sich herträgt, der verzagt auch nach solch einer Wahlniederlage nicht, sondern arbeitet sukzessive daran, sich durch Leistung wieder beim Wähler zu empfehlen.

Doch nicht nur die organisatorische Leistung der Partei und ihrer Mitglieder ist für einen Wiedereinzug vonnöten. Vielmehr muss sich die Partei auch dem Begriff „Leistung“ von inhaltlicher Seite wieder nähern und ein Programm vorlegen, dass genau jene belohnt, die tagtäglich in der Wirtschaft und Gesellschaft etwas leisten.

Eine Gesellschaft, in der nur die eigene Leistung darüber entscheidet, was und wer man ist, nennt sich Meritokratie und ist wohl das höchste Ziel eines jeden Liberalen. Zur Gestaltung dieser Gesellschaftsform brauchen wir verschiedene Rahmenbedingungen, die wir in diesem Heft gemeinsam diskutieren wollen. Sind hundert oder null Prozent Erbschaftssteuer leistungsgerecht? Warum ist „Leistungsgesellschaft“ ein eher negativ konnotierter Begriff? Ist „Neoliberalismus“ eigentlich ein Schimpfwort? Und was ist Leistung überhaupt?

Freut euch auf ganz verschiedene Ansätze und Versuche, den Begriff „Leistungsgesellschaft“ auszugestalten. Viel Spaß beim Lesen!



Eure Laura

P.S.: Ihr erreicht mich bei Fragen oder für Anregungen und Kritik jederzeit per Mail unter [schieritz@julius.de](mailto:schieritz@julius.de).



**ES IST NICHT  
ALLES GUT.  
ES IST ETWAS  
IM ARGEN.**

Wir wollen wieder in einer  
Leistungsgesellschaft leben!

**W**

Wir erleben den Vormarsch einer internationalen Bewegung, die unsere Ordnung, wie sie sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt hat, in Frage stellt und bedroht. Wir dürfen nicht den Fehler machen, dieses Phänomen zu verkennen und auf die Aneinanderreihung vieler unglücklicher Ereignisse zu reduzieren. Wir dürfen nicht so tun, als hätte eine

Handvoll radikaler Köpfe zufällig und unabhängig voneinander einen kurzfristigen Erfolg zu feiern. Le Pen in Frankreich, Björn Höcke in Deutschland, Nigel Farage in Großbritannien und natürlich Donald Trump in den USA, um nur einige der Namen dieser Bewegung zu nennen. Doch diese Namen sind austauschbar. Es gibt nicht deswegen den Aufstieg der AfD in Deutschland und einen Hassprediger im Weißen Haus, weil gerade zufällig einige Persönlichkeiten mit besonderem Talent verstanden haben, wie man Mehrheiten hinter der eigenen Person vereint. Hätte es in diesem Jahr keinen Trump gegeben und würde es bei uns keinen

Alexander Gauland geben, würden andere an ihre Stelle rücken. Gerade weil es breiten gesellschaftlichen Schichten nach solchen Anführern verlangt. Weil sie jemanden wollen, der diese Dinge sagt. Weil sie nicht zufrieden sind, wie es gerade läuft. Und weil ihnen deswegen auch nicht mehr die Politiker in den Kram passen, die ihnen erzählen, es sei doch alles gut so.

Was die Gründe dieser Entwicklung sind, kann man wohl in endlosen Debatten oder wissenschaftlichen Arbeiten sezieren. Doch hier soll es um einen einzelnen, definitiv nicht nebensächlichen Aspekt gehen – das Leistungsprinzip. Genauer: Wie sehr die von dieser Ent-

wicklung ergriffenen Staaten noch in der Lage sind, eines der zentralsten Versprechen einzulösen, das sie ihren Bürgern mit der Marktwirtschaft geben: Wer bereit ist, etwas zu leisten, der wird erfolgreich sein. Wer sich anstrengt, kann den sozialen Aufstieg schaffen. Wer hingegen nicht leistet oder Schaden anrichtet, wird dafür zur Verantwortung gezogen. Das ist etwas, wonach es auch dem urmenschlichen Gerechtigkeitsempfinden fundamental verlangt.

### **Das Leistungsversprechen muss eingehalten werden**

Leistung ist dabei in erster Linie die Schaffung eines gesellschaftlichen Mehrwerts. Indikator dafür muss in einer funktionierenden Marktwirtschaft die Zahlungsbereitschaft einer Gesellschaft für diesen Mehrwert sein. Wir glauben, dass das zumindest in großen Teilen funktioniert. Deswegen glauben wir an die Marktwirtschaft. Und weil das funktioniert, haben die westlichen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten einen grundlegenden und langfristigen Aufschwung erlebt. Das ist der Grund, warum wir dafür kämpfen, dass dieses Prinzip erhalten bleibt und auf politischer Ebene diejenigen bekämpfen, die seine Aufhebung oder zumindest Einschränkung fordern.

Doch wir müssen uns hin und wieder auch ins Bewusstsein rufen, dass dieser Zusammenhang eben nicht immer von selbst gegeben ist. Deswegen sollte es ja auch erstmal Konsens sein, dass wir als Junge Liberale für eine soziale Marktwirtschaft eintreten. Weil wir der Ansicht sind, dass der Markt vieles dann am besten kann, wenn man ihn in Ruhe lässt und seine Arbeit machen lässt – aber eben auch nicht alles. Ein fairer Markt, der das Leistungsversprechen für zumindest einen sehr großen Teil der Gesellschaft einhält, ist unverzichtbar, um langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen und auf den aktuell laut werdenden Ruf nach den Trumps dieser Welt eine Antwort zu bieten.

### **Liberaler brauchen mehr Antworten als „weniger Staat“**

Wir haben als Liberale einige dieser festen Grundpfeiler, an denen für uns kein Weg vorbeiführt. Wer diese Grundpfeiler nicht aner-

kennt, sollte sich im Zweifelsfall wohl einfach eine andere politische Gruppierung suchen. Doch es gibt einen großen Unterschied zwischen Prinzipientreue und dem dogmatischen Herunterbeten von festgefahrenen vermeintlichen Allsätzen. Auch wir müssen – natürlich ohne uns selbst zu verraten – gelegentlich die Frage stellen, wie wir auf gewisse gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Wir haben auf der einen Seite den Glauben an den freien Markt und das Ziel, Regulierungen und staatliche Eingriffe möglichst abzubauen zu wollen. Auf der anderen Seite haben wir den Glauben an das Leistungsprinzip. Das sind zwei Dinge, die häufig Hand in Hand gehen. Doch für eine breite gesellschaftliche Schicht aktuell eben nicht mehr.

Es lässt sich wohl nicht abstreiten, dass die westliche Welt in den letzten Jahrzehnten tendenziell eher eine Liberalisierung und eine weitere Befreiung der Märkte erfahren hat. Viele haben davon profitiert, sie konnten diese Entwicklungen für sich nutzen und ihren Reichtum ausbauen. Andere wiederum konnten das nicht. Es gibt sie, diese Menschen, die hart arbeiten, die Tag für Tag ihrem Job nachgehen, aber von dem allgemeinen Anstieg des Wohlstandes nichts mitbekommen. Für diese Menschen haben Liberale keine Antwort mehr parat, wenn sie nicht weiterdenken als bis zur Anwendung des Dogmas von „weniger Staat“ auf alle politischen Fragen. Denn genau das stellt für sie nur die Fortsetzung einer Politik dar, die das Leistungsprinzip in solch eine Schieflage gebracht hat. Wir müssen akzeptieren, dass unsere Märkte und gesellschaftlichen Strukturen ohne aktives staatliches Handeln das Leistungsversprechen nicht immer einlösen.

### **Unsere Gesellschaft hält ein Versprechen zusammen**

Es fällt vielen von uns vermutlich schwer, das anzuerkennen. Denn wir sind in der Regel nicht die Betroffenen. Für die meisten von uns politisch Aktiven und Interessierten funktioniert der Zusammenhang zwischen Leistung und Erfolg in den allermeisten Fällen. Doch hier dürfen wir nicht Opfer des Umstandes werden, dass der Status quo innerhalb unserer wohligen Blase oft nicht gesellschaftliche Realitäten widerspiegelt.

Unsere Antwort auf diese Entwicklung muss sein: Wir müssen auch dafür kämpfen, dass immer dort, wo Leistung eben nicht von selbst be-

lohnt wird, wo das Verursachen gesellschaftlicher Schäden nicht angemessen bestraft wird, auch der Staat korrigierend eingreift und den Menschen sagt: Ein VW-Manager, der einen Riesenkonzern vor die Wand fährt und tausende von Arbeitsplätzen gefährdet, hat sich dafür auch zu verantworten. Und wir müssen uns auch für einen Staat einsetzen, der den Menschen sagt: Wir werden zwar nicht gesellschaftlichen Aufstieg durch staatliche Transferleistungen schaffen, aber wir werden wieder dafür sorgen, dass jeder und jede diesen Aufstieg aus eigener Kraft schaffen kann. Denn die politische Kraft, die für Marktwirtschaft einsteht, muss auch die sein, die soziale Mobilität fördert. Andernfalls brechen wir eines der wichtigsten Versprechen, das unsere Gesellschaft zusammenhält.

**W**as bedeutet das also für unseren Leistungsbegriff? Die Antwort kann nicht sein: Leistung ist, was Einkommen schafft. Sondern viel mehr: Leistung ist, was einen gesellschaftlichen Mehrwert schafft. Im besten Fall sollten diese beiden Dinge in einem funktionierenden Markt deckungsgleich sein. Sind sie aber nicht immer. Verkennen die liberalen Kräfte der westlichen Welt diese Realität, geben wir die politische Führung offenen Auges an die Hetzer aus der rechten Ecke. Es kann dabei natürlich nicht das Ziel sein, eine vollkommene Deckungsgleichheit vom Leistung und Entlohnung zu schaffen. Denn natürlich kann es keine Instanz geben, die in der Lage wäre, allgemeingültig zu klären, was in jedem einzelnen Fall das richtige Ergebnis ist. Aber dennoch gibt es zweifelsohne genug Fälle, in denen ein solches Missverhältnis geschaffen wurde, dass es gesellschaftlicher Konsens sein sollte, dass das nichts mehr mit Leistungsgerechtigkeit zu tun haben kann.



**SAMUEL FREY** (21) ist in Bremen aufgewachsen und studiert in Berlin Publizistik und Philosophie. Er glaubt fest an den Liberalismus als gesamtgesellschaftliches Konzept, das die Antworten auf die Fragen unserer Zeit geben kann und muss. Ihr erreicht ihn unter [s.h.frey@icloud.com](mailto:s.h.frey@icloud.com)

“

”

**Ihr seid doch  
alle nur**

**Neoliberalisten!**

“

”

Genau dieser Anklage einer Jungsozialistin musste ich mich vor Kurzem stellen, als diese erfuhr, dass ich bei den Jungen Liberalen bin.

# D

Das war das erste Mal, dass ich auf den Begriff „Neoliberalismus“ gestoßen bin. Nach der ersten allgemeinen Verunsicherung habe ich also nachgefragt, was das sein soll, dieser „Neoliberalismus“. Die Antwort „Ihr wollt aus allem nur Geld pressen!“ half mir da auch wenig weiter.

Interpretiert man diesen Begriff wortwörtlich, handelt es sich um eine Neuauflage des Liberalismus, also eines politischen Laissez-faire, was bedeuten würde, dass der „klassische“ Liberalismus an einem bestimmten Punkt in der Geschichte entweder nicht mehr ausreichte oder gescheitert ist. Tatsächlich entstand der Begriff im 1937 erschienen Werk „The Good Society“ des Journalisten Walter Lippmann. Die USA war zu diesem Zeitpunkt immer noch von der Weltwirtschaftskrise traumatisiert und totalitäre Regimes im Osten und in Deutschland befanden sich immer noch im Aufwärtstrend, weswegen Lippmann den klassischen Liberalismus als gescheitert ansah, sodass es einer Erneuerung bedurfte. Lippmann verachtete den Kommunismus und der Kapitalismus, die Gesellschaftsordnung, die er davor noch verteidigt und befürwortet hatte, nahm monströse Züge an. Also musste eine neue Lösung her. Eine Nische zwischen diesen beiden Polen musste gefunden werden. Der Neoliberalismus hatte seine Geburtsstunde.

## Ein freier, regulierter Markt

Immer ist es das höchste liberale Ziel gewesen, die Freiheitsrechte eines jeden individuell zu schützen. Die Marktwirtschaft darf insofern beeinflusst werden, dass man dem Karren

nicht zusieht, wie er gegen die Wand gefahren wird. Großen Anklang fand diese Idee in Deutschland, weswegen der Neoliberalismus wegweisend für das Konzept der sozialen Marktwirtschaft war. Den Unternehmen sollen möglichst große Freiheiten gelassen werden, um die Leistung den Umständen entsprechend maximieren zu können. Staatliche Verordnungen verhindern jedoch, dass der Wettbewerb durch Monopole oder Kartelle ruiniert wird.

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind trotzdem grundsätzlich äußerst problematisch. In solchen Fällen tritt der Staat weniger als Regulator und mehr als Unternehmer auf. Daher unterscheidet man zwischen Ordnungs- und Prozesspolitik. Eine ideale Wirtschaftspolitik ordnet. Sie gibt den rechtlichen Rahmen an, in dem sich die von den Unternehmen geführten Prozesse bewegen dürfen, um die Wettbewerbsordnung als „höchst gebrechliches Kunstprodukt der Zivilisation“ (Franz Böhm) zu wahren. Ein offener Markt ist neoliberal. Privates Eigentum ist neoliberal. Subventionen oder staatliche Abmahnungen sind nicht neoliberal.

Es handelt sich zusammenfassend beim Neoliberalismus also um eine notwendige Fortführung des Liberalismus. Das „neue“ ist die Erkenntnis, dass es durchaus Regulationen braucht, die von einem übergeordneten Medium, dem Staat, gestellt werden. Diese Regulationen sind jedoch lediglich ein Fundament auf dem Unternehmen bauen und konstruieren dürfen, um eine maximierte Leistung und damit den größtmöglichen Profit aller zu ermöglichen.

## Schimpfwort, das Fettnäpfchen.

Dass die Idee vom Neoliberalismus vor allem dem linksgerückten Lager der Politik sauer aufstößt, ist nicht weiter verwunderlich. Der Staat hält sich aus dem Arbeitsmarkt heraus? Gott bewahre, wo soll das denn hinführen?! Vor allem in dieser politischen Richtung ist „neoliberal“ ein schnell fallendes Schimpfwort. So bezeichnete der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck im Jahr 2007 die CDU als neoliberale Partei. Abgesehen davon, dass dies wohl nicht stimmt, ist das beispielhaft dafür, wie schnell dieser Begriff beleidigend verwendet wird.

Der Grund ist sehr simpel. Neoliberalismus wird oft als kaltherzig empfunden. Eine kaltherzige Profitmache, der peitschenschwingende

Sklaventreiber zwingt seine Arbeitssklaven an das Fließband. Wir müssen im Wettbewerb bleiben und die Konkurrenz ausstechen! Dieser böse Kapitalismus! Habe ich schon erwähnt, dass diese Beleidigung am liebsten von linken Parteien verwendet wird?

Leider versagt dieser Schmähbegriff durch seine eigens gestellten Scheuklappen. „Neoliberalismus“ fiel zum Beispiel oft zur Weltwirtschaftskrise. Das beste Beispiel für den gescheiterten, beinharten Kapitalismus, der sich in einer Endlosspirale nach oben trieb, nur um absolut vernichtend zu kollabieren. Doch genau deswegen gibt es ja die staatliche Ordnungspolitik, um einen zu extremen, wirtschaftszermürbenden Machtkampf zu verhindern. Zudem haben sich unabhängig vom Staat Gewerkschaften gebildet. Arbeitnehmer können sich bündeln, um sich im Falle der Ungerechtigkeit gegen den Arbeitgeber stellen zu können und aufgrund der Macht der Masse etwas bewirken.

## Und was hat die FDP damit zu tun?

Eine ganze Menge. Freier Markt, Individualität, Privateigentum – tatsächlich kann man die FDP durchaus als sehr neoliberale Partei bezeichnen, ohne dabei ironisch zu werden. Neoliberalismus ist ein sehr gut gewählter Kompromiss, um sämtliche Interessen decken zu können, ohne dabei vorzuschreiben, was gut ist und was nicht. Den Markt kann man gut mit einem Jugendlichen vergleichen: Er braucht sehr viele Freiheiten, um sich selbst zu finden und sich zu entwickeln, jedoch können zu viele Freiheiten ohne elterliche Beschränkungen zum Absturz führen, während zu viele Regulationen an den falschen Stellen das empfindliche Konstrukt auf Dauer zerstören werden. Ich als Liberaler möchte, dass aus diesem Teenager eine vernünftige, erwachsene Person wird, die selbstständig denken und handeln kann.



**PASCAL TEUKE** (20) ist Schreinerlehrling und strebt einen unternehmerischen Führungsposten an. Nach ersten Zweifeln musste er durch intensivere Recherche feststellen, dass der Neoliberalismus durchaus eine Daseinsberechtigung hat. Ihr erreicht ihn unter [pascalteuke@live.de](mailto:pascalteuke@live.de)

# 0 oder 100 Prozent?

## Erbschaftssteuer = Steuergerechtigkeit

**E**ntspricht die Erbschaftssteuer einem liberalen Weltbild? Zum Teil schon. Die Rechtfertigung der Erbschaftssteuer innerhalb eines liberalen Verständnisses ergibt sich bereits aus der Systematik des Steuerrechts. Dazu ist es zunächst wichtig, sich ein paar steuerrechtliche Grundlagen vor Augen zu führen.

Zentraler Begriff ist dabei das Einkommen. Als Einkommen sind alle in einem bestimmten Zeitraum zufließenden Geld- oder Sachleistungen zu verstehen. Das Einkommen bildet damit die Grundlage der Steuerpflicht. Dogmatisch kann man Steuern in folgende drei Kategorien einteilen: Steuern auf den Hinzuerwerb, Steuern auf den Vermögensbestand und Steuern auf die Verwendung von Einkommen. Das Steuerrecht geht vom Menschen als Individuum aus, was ebenso einem liberalen Weltbild entspricht. Ein Erbe fließt dem persönlichen Einkommen zu, sodass eine Erbschaftssteuer eindeutig ersterer Gruppe zuzuordnen ist.

Eine Erbschaft erhöht die persönliche Leistungsfähigkeit des Erben, was im Zuge der Ausgestaltung eines gerechten Steuerrechts als Maßstab für das Prinzip der Steuergerechtigkeit beziehungsweise der steuerlichen Lastengleichheit zu verstehen ist. Darauf aufbauend ist in Bezug auf das sogenannte Netto-

prinzip der Grundsatz der horizontalen Steuergerechtigkeit zu wahren. Das heißt, gleich Leistungsfähige müssen auch gleich besteuert werden. Jemand, der einen großen Teil seines Einkommens aus einer Erbschaft erhalten hat, ist demnach mit jemandem zu vergleichen, dessen Gesamteinkommen sich in gleicher Höhe wie die des Ersten ausschließlich aus seinem Arbeitslohn zusammensetzt. Beide sind danach gleich leistungsfähig und sollten grundsätzlich ähnlich besteuert werden.

Das größte Problem bei der Erarbeitung einer gerechten Erbschaftssteuergesetzgebung stellen Betriebsvermögen dar. Diese haben einen unterschiedlichen Liquiditätsgrad gegenüber Barvermögen, welches zum Beispiel in Form von Lohn erarbeitet wurde. Dies rechtfertigt zumindest eine geringere Besteuerung einer Erbschaft gegenüber einem Einkommen zum Beispiel aus einem Arbeitslohn.

Dennoch möchte ich davor warnen, innerhalb der Erbschaft zu stark zwischen Betriebsvermögen und Geldvermögen zu trennen. Denn Ersteres darf dogmatisch nicht mehr wert sein als Geldvermögen, da auch dieses beispielsweise dazu dienen kann, Investitionen zu finanzieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Ebenso angreifbar ist das Bürokratie-Ar-

gument bei der Unterscheidung beider Typen, da eine detaillierte Schätzung von Immobilien oder Unternehmen zwar zwei bis drei Prozent des daraus resultierenden Steueraufkommens kosten würde. Dass ein solches „Opfer“ in dieser Höhe angemessen ist, zeigt ein analoger Blick auf entsprechende Ermittlungen des Vermögens beim Abschluss von Gebäudeversicherungen oder der Aufnahme von Unternehmenskrediten.

Demgegenüber hat das Bundesverfassungsgericht bei der Rahmensetzung für die Ausgestaltung einer Erbschaftssteuer natürlich völlig Recht, dass die Erbschaftssteuer „den grundlegenden Gehalt der Erbrechtsgarantie wahren“ muss. Eine liberale Erbschaftssteuer muss sich daher durch Einfachheit, Flexibilität (zum Beispiel zinsfreie Stundung der Fälligkeit) und relativ geringe Steuersätze auszeichnen. Ihre Existenz ist jedoch liberal und dogmatisch geboten.



**PHILLIP HARTEWIG** (22) ist Landesvorsitzender der Jungliberalen Aktion Sachsen und studiert Jura in Leipzig. Ihr erreicht ihn unter [philipp.hartewig@julia-sachsen.de](mailto:philipp.hartewig@julia-sachsen.de)



## Eine leistungsgerechte Erbschaftsteuer

„Privateigentum ist unantastbar“ und „Leistung muss über die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft entscheiden“ sind zwei urliberale Positionen. Doch wenn wir über die Erbschaftssteuer diskutieren, kollidieren

diese beiden Vorstellungen miteinander. Vier verschiedene Positionen, warum wir eine Erbschaftssteuer brauchen oder eben nicht.

### Ungerecht in die Gerechtigkeit

In regelmäßigen Abständen kommen von linker und linksliberaler Seite die Heilsbringer der Umverteilung und fordern die Erbschaft- und/oder Vermögensteuer als Mittel der Wahl gegen wachsende Ungleichheit in der Bevölkerung. Ist der Kampf gegen Ungleichheit zwar an sich lobenswert, so ist er doch in der Frage der Mittel höchst umstritten. Kurioserweise sind es gerade die Etatisten und Egalitären, die zur Argumentation die marktwirtschaftliche Maxime der Leistungsgerechtigkeit als vermeintliche Rechtfertigung für eine Erhebung einer Erbschaftsteuer anführen.

Was in der Gerechtigkeitsdebatte jedoch untergeht, ist die Gerechtigkeit selbst. Dafür braucht es keine Plattitüden bezüglich der Sinnfrage, ob bereits versteuertes Vermögen nochmals besteuern werden sollte, sondern simple Finanzmathematik und marktwirtschaftliches Verständnis. So beläuft sich der Kapitalisierungsfaktor für Unternehmen nach dem aktuell vorliegenden Reformvorschlag auf stolze 13,75. Vereinfacht bedeutet das, ein Unternehmen mit einem Vorsteuergewinn von fünf Millionen Euro wird vom Staat willkürlich mit über 68 Millionen bewertet. Der schwäbische Mittelständler liegt damit deutlich über den aktuellen und historischen Bewertungen von Siemens, Allianz oder BMW und in Gegenden bei denen Investments in gewerbliche Immobilien als unrentabel gelten.

Die Willkür des Finanzamtes setzt sich gleichermaßen fort bei Immobilienbesitz oder Oldtimern mit realitätsfremden Schätzwerten, zu denen jeder Eigentümer sofort, ohne nachzudenken, verkaufen würde. Nur leider sind solche Preise am Markt Utopie und rein theoretischer Natur.

Klug ist hingegen, wer Barvermögen, Edelmetalle oder Kunstwerke besitzt, die entweder fair und objektiv nach ihrem Wert bemessen werden (ein Euro ist ein Euro ist ein Euro) oder dem Finanzamt gleich gänzlich vorenthalten sind, denn noch gibt es für Picassos kein Katasteramt.

Steuern für mehr Gerechtigkeit? Gibt es schon in Form der Einkommensteuer. Sie ist aufgrund der Bewertung des monetären Zugangs in

Form von Geld die einzige neutrale Form der Steuererhebung und über deren faire Höhe darf und soll gerne diskutiert werden. Eine Steuer darf jedoch nicht nur volkswirtschaftlich gesellschaftlich gerecht sein, sondern muss dies auch in ihrer Erhebung sein, sonst verliert sie ihre Legitimation und verkehrt ihren Anspruch nach Gerechtigkeit ins Gegenteil. Mit einem vertretbaren bürokratischen Aufwand ist die faire Erhebung einer Erbschaft- und anderer Substanzsteuern jedoch nicht möglich.

Die seit Ewigkeiten andauernde Diskussion um Freigrenzen, Stundungen, Verfassungskonformität und Lohnsumme mag dabei als hinreichender Beleg für die Absurdität der Vereinbarung von so genannter Leistungsgerechtigkeit, volkswirtschaftlichem Nutzen und Eigentumsrecht in dieser Angelegenheit dienen.

Gekniffen sind also nicht die Quandts, Winterkorns und Ackermänner, deren Vermögen weitestgehend fair bewertet werden kann, sondern die mittelständischen Unternehmer, dessen Vermögen im Betrieb gebunden sind und die Hausbesitzer von nebenan. Angesichts der vergangenen Skandale in der Wirtschaftselite sei die Frage unstrittig, wer von beiden Gruppen die Leistung erbringt und am Ende für Fehlverhalten geradesteht.

Wenn also die Befürworter der staatlichen Zwangsenteignung von angeblicher Leistungsgerechtigkeit durch die Erbschaftsteuer sprechen, habe ich leider absolut keine Ahnung, wovon diese eigentlich reden. Sie selbst offenbar auch nicht.



**GEORG WÄSSA** (28) ist selbständiger Unternehmer im Bereich der Unternehmensnachfolge von Mittelständlern und Firmenbewertungen. Er ist Programmierer der Frankfurter Jungen Liberalen und Leiter des Landesarbeitskreises Wirtschaft in Hessen. Ihr erreicht ihn unter [georg.waessa@julis.de](mailto:georg.waessa@julis.de)

# Erbschaftssteuer – vom gerechten Traum zur Selbstbereicherung

**L**iberal zu sein ist immer so eine Sache. Anders als der vom Menschen eigens zur Rettung der Welt konzipierte Sozialismus, ist der Liberalismus aus den Träumen und Bedürfnissen der Menschen selbst entstanden. Der Drang nach Freiheit, der Wille, seinen eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen nachzukommen, kann nur funktionieren, wenn auch die Verantwortung als ausgleichendes Mittel damit einhergeht und somit ein friedliches Zusammenleben ermöglicht wird. Soweit zur Theorie. In der Realität eröffnen sich dabei aber verschiedene Dilemmata.

Zum Beispiel im Falle der Erbschaftssteuer: Steuern sind an sich zunächst etwas Notwendiges. Wie sonst könnte der Staat Bildung, Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem garantieren? Daher streiten sich die politischen Parteien nur noch über die Höhe und die Verwendungszwecke von Steuern und Steuereinnahmen. Leider werden zusätzlich immer neue Steuern erfunden, um die eigene Inkompetenz, einen gesunden Haushalt zu führen, auszugleichen. Reichensteuer, Autobahnmaut, Zuckersteuer – der Kreativität ist keine Grenze gesetzt.

Die Erbschaftssteuer gibt es hingegen schon relativ lange. Der Grundgedanke dahinter ist einfach. Jemand, der zu Lebzeiten Geld zurückgelegt hat, vermachte es nach seinem Tod den Hinterbliebenen. Diese dürfen das Geld auch annehmen, müssen aber einen Teil des monetären Geschenks versteuern – so bereichert sich auch der Staat am Tod. Nun bringen die Gegner der Erbschaftssteuer oftmals das Argument an, das Geld aus der Erbschaft wäre ja ohnehin schon besteuert worden und würde nun doppelt versteuert werden. Aber Vorsicht! Der Tote kann gar nicht mehr doppelt besteuert werden, sodass die Steuer nun auf das Erbe für die Hinterbliebenen angewandt wird, die das Geld tatsächlich noch nicht versteuert haben.

In einer perfekten liberalen Welt würde wohl der Staat und/oder die Gesellschaft allen Menschen die gleichen Startchancen gewähren, sich dann aber zurückziehen und nur noch im Notfall eingreifen. Dabei würde er freien Bürgerinnen und Bürgern niemals vorschreiben, wie sie ihr Geld einzusetzen haben. Menschen würden das nötige Geld selbst verdienen und ihre Talente nutzen, um die Gesellschaft nach vorne zu bringen. Diejenigen, die Geld zu vererben hätten, könnten das nach ihrem Tod an Bedürftigere spenden, sodass auch Andere die Möglichkeit haben, alles im Leben zu erreichen. Das setzt allerdings voraus, dass alle Menschen gleich denken würden und ein gewisses Maß an altruistischem Handeln daraus folgen würde. Anders wäre aber eine Welt mit einem Minimalstaat gar nicht zu machen – wie gesagt, nur ein Traum. Denn leider leben wir nicht in einer solchen Welt. Daher ist die Forderung linker Parteien und Organisationen nach einer hohen Erbschaftssteuer zwar logisch, aber im Status Quo nur Träumerei. Ja mehr noch, hier greift der Staat seinen Bürgern willkürlich in die Taschen, weil er seinen eigenen Haushalt

nicht in den Griff bekommt, zerstört dabei willentlich die Zukunft von Familienunternehmen und schafft keine Chancengerechtigkeit, sondern treibt höchstens die Mühlen der Umverteilung an. Es wäre eine zusätzliche Enteignung, die ohne Gegenleistung geschieht, einzig mit dem vagen Argument der sozialen Gerechtigkeit, wie bei allen ungerechtfertigten Steuern. Wenn man sich allerdings die Folgen ansieht wird klar, dass davon keine Rede sein kann. Vor allem der uneingeschränkte Zugriff auf vererbte Vermögen in Familienbetrieben würde Arbeitslosigkeit und Armut hervorrufen, sodass alle außer dem Staat als Verlierer herausgehen würden. Die Erbschaftssteuer selbst hat relativ wenig Ertrag, gerechnet im Vergleich zum bürokratischen Aufwand, nämlich den Geldwert des Erbes zu ermitteln und dann nach einem festgesetzten Prozentsatz zu berechnen. Als Folge dieser Ineffizienz würden im schlimmsten Falle die Kosten für die Erhebung die Einnahmen überbieten. Die Effekte ziehen sich aber noch weiter – auf einer anderen Ebene. Es ist die Kultur der Familienunternehmen, die Deutschland in der Krise wetterfest macht und einen enormen Anteil an der Finanzierung der Sozialausgaben ausmacht. Diese Tradition wäre durch eine hohe Erbschaftssteuer aber existenziell gefährdet, da oftmals das meiste des Familienvermögens direkt in der Firma steckt. Wenn hier der Staat seinen Finger ausstreckt, ist die Insolvenz oftmals vorprogrammiert – mit dramatischen Folgen für deren Besitzer, aber auch für den Sozialstaat, der nicht mehr auf die Steuereinnahmen zählen kann, dafür aber mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit umgehen muss. Allgemein gibt es so oder so nur einen Fall, in dem eine hohe Erbschaftssteuer überhaupt gerechtfertigt wäre: Wenn im selben Maße die Einkommenssteuer sinken würde und das Vermögen in Familienunternehmen nicht angetastet werden kann.

Sicher ist Deutschland historisch eher geprägt von Adelsprivilegien, die schon immer vererbt wurden. In Amerika ist es beispielsweise durchaus normal, hohe Geldbeträge am Ende des Lebens zu spenden. Eine schöne Geste, die uns anregen sollte, es ebenso zu tun. Letztendlich muss das aber jeder für sich selbst entscheiden, denn wer wären wir denn, wenn wir den Menschen vorschreiben würden, wie sie ihr Geld ausgeben dürfen? Sollte sich nicht grundlegend etwas ändern, kann daher eine hohe oder mittlere Erbschaftssteuer kein liberaler Weg sein!



**JOHANNES DALLHEIMER** (22) studiert Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg und ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen. Ihr erreicht ihn unter [dallheimer@julis.de](mailto:dallheimer@julis.de)

**Dieser Artikel erschien bereits im Mitglieder magazin der JuLis Bayern, „JuLeo“.**

Das Heft könnt ihr hier nachlesen: [www.julis-bayern.de/inhalte/juleo](http://www.julis-bayern.de/inhalte/juleo)





## Eine Steuer für die Leistungsgerechtigkeit

**L**iberale pflegen ein schwieriges Verhältnis zu Steuern. Ein Teil von uns sieht sie als notwendiges Übel – argwöhnisch beäugt und stets im Verdachte stehend, privater Initiative den Garaus zu machen. Ein anderer Teil sieht Steuern darüber hinaus gehend als offen zu bekämpfen an, denn mehr Steuereinnahmen geben dem Staat mehr Handlungsmöglichkeiten und damit mehr Gelegenheiten, in die Privatsphäre des Bürgers einzugreifen.

Steuern erfüllen einen einfachen Zweck: Sie sollen die staatlichen Tätigkeiten, welche als Ergebnis des demokratischen Prozesses für sinnvoll erachtet werden, finanzieren. Aus diesem Finanzierungsbedarf heraus ergibt sich die Gesamthöhe der nötigen staatlichen Einnahmen. Das Verhältnis der verschiedenen Einnahmequellen untereinander muss unabhängig von diesem ermittelten Bedarf festgelegt werden. Demnach hängt die Gesamthöhe der staatlichen Einnahmen davon ab, wie hoch der Steuersatz der einzelnen Steuerarten ist und nicht, wie viele Steuerarten es gibt. Die Frage nach der Ausweitung oder Abschaffung der Erbschaftssteuer kann daher unabhängig vom konkreten staatlichen Finanzbedarf beantwortet werden.

Nur selten wird die im wörtlichen Sinne „steuernde“ Seite staatlicher Abgabenerhebung innerhalb der Liberalen diskutiert. Doch auch wenn sich einige der Illusion hingeben, dass eine Gerechtigkeitsdiskussion schon verschwinden wird, wenn man sich nur lang genug taubstumm stellt, hat jede einzelne Steuererhebung bereits von der Natur der Sache her steuernde Wirkung. Jedes Verhalten, das der Staat besteuert, wird durch diese Besteuerung verändert. Es werden Anreize gesetzt, besteuertes Verhalten zu unterlassen. Deshalb geht

es ins Leere, das Wort gegen die umverteilende Seite der Erbschaftssteuer zu erheben und daher ihre Abschaffung zu fordern – Steuern haben stets umverteilende Wirkung, ohne dass man sich dies aussuchen müsste oder auch nur könnte. Daher lautet die richtige Frage, wie wir die Last der nötigen Einnahmen gerecht auf die Mitglieder der Gesellschaft verteilen.

Das Arbeitseinkommen ist Gegenstück eigener Leistung. Eine Schenkung oder Erbschaft fällt dem Empfänger hingegen einfach in die Hände. Es gibt nichts, was der Empfänger dafür geleistet hat – er konnte den Zufall oft gar nicht beeinflussen. Daher kann die Steuererhebung auch keine verhindernden Anreize setzen. Aus dieser Perspektive erscheint es geradezu eher geboten, Erbschaften zu besteuern, als eine Einkommenssteuer auf Arbeitseinkünfte zu erheben. Der Empfänger bekommt immer noch etwas, ohne dafür eigene Leistungen erbracht haben zu müssen.

Und doch wird häufig eingewandt, die Erbschaftssteuer sei in Wahrheit eine unzulässige Doppelbesteuerung, ja eine „Todessteuer“. Denn die Erbmasse sei geradezu das Ergebnis besteuert Tätigkeit und könne nun nicht schon wieder besteuert werden. Diesem Verständnis liegt bei näherer Betrachtung ein kollektivistisches, geradezu archaisch sippenhaftes Gesellschaftsbild zugrunde. Die Erbmasse befindet sich demnach bereits vor dem Erbfall im erweiterten Eigentum des Empfängers, nämlich in der Regel bei seiner Familie.

Von einem individualistischen Standpunkt aus gesehen, kann sich die Besteuerungsgrundlage aber immer nur auf eine konkrete Person beziehen. Daher sind wir JuLis ja auch dafür, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Ist es dann nicht widersprüchlich, Erbschaften als

Doppelbesteuerung anzusehen?

Erbschaften sind Einkommen wie jedes andere auch. Konsequenter wäre es daher, sie auch so zu behandeln und damit, gegebenenfalls mit bestimmten Abschreibungsfristen, dem persönlichen Einkommenssteuersatz des Erben zu unterwerfen. Als Kompromiss kann die gegenwärtige niedrigere Erbschaftssteuer aufrecht erhalten bleiben.

Natürlich ist die praktische Umsetzung von Steuern nie perfekt. Und so kann auch bei der Erbschaftssteuererhebung einiges schiefgehen. Dort wird aber gern dramatisiert. Denn wer ein Unternehmen erbt, dem steht es frei, daran Anteile zu veräußern, um seine Erbschaftssteuer liquidieren zu können. An Grundstücken und anderen Sachwerten können Pfandrechte bestellt werden. Wir schaffen ja auch nicht das Einkommenssteuergesetz ab, bloß, weil die Berechnung von Betriebsausgaben manchmal Schwierigkeiten bereitet. Insgesamt sollten wir nicht den Fehler machen, uns bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Steuer an Details wie der Unternehmenswertansetzung aufreiben.

Eine Gesellschaft, die bestehendes Vermögen durch eine Abschaffung der Erbschaftssteuer schützt, muss sich fragen lassen, warum sie Arbeitseinkommen, die durch eigene Leistung erwirtschaftet werden, mit bis zu 45 Prozent besteuert. Denn dann geht es nicht mehr darum, wo man hinwill, sondern darum, wo man herkommt.



**DAVID SALM** (29) promoviert im Umweltrecht an der Universität Münster. Bei den JuLis engagiert er sich als Ombudsperson des Bundesverbands. Ihr erreicht ihn unter [salm@julis.de](mailto:salm@julis.de)



**Aktive Mitgestaltung  
als  
Voraussetzung  
für die  
Leistungsgesellschaft**

**Zerpflücken wir einmal das zusammengesetzte Wort "Leistungsgesellschaft". Auf der einen Seite das Wort "Leistung". Ein Wort, welches Begriffe wie individuelles Streben und eigenen Anspruch impliziert. Mit dem Wort "Gesellschaft" assoziiert man hingegen eine Gruppe von Menschen mit übereinstimmenden Merkmalen wie Sprache und Kultur – allerdings auch ein Mitwirken der einzelnen Mitgliedern dieser Gruppe. Es ist ein Miteinander und ein Einsatz füreinander und zwar für eine humane Gesellschaft.**

**G**emeinnützige Organisationen, die einen wichtigen Teil in unserer Gesellschaft einnehmen, leben von diesem gesellschaftlichen Engagement jedes Einzelnen. Viele Organisationen wären ohne jene Ehrenamtlichen nicht handlungsfähig. Die Etablierung einer lebendigen und proaktiven Zivilgesellschaft, in der Engagement entfaltet werden kann, ist die Zukunft unserer Demokratie. Doch lässt uns einen Blick in die Realität werfen: Nach der 2015 veröffentlichten Shell-Jugendstudie engagiert sich etwa nur jeder dritte Jugendliche. Das ist zu wenig. Doch wie kann man auf diese Ergebnisse angemessen reagieren?

Ein Lösungsansatz wäre, dass Engagement, beispielsweise in den Schulen, gefördert und mehr anerkannt wird, denn dies ist auch eine Leistung, ein Beitrag zu unserer Gesellschaft. Erschreckend ist hier, dass sogar im ehrenamtlichen Engagement schwächere Schüler benachteiligt sind. Nur 27 Prozent der Realschüler sind engagiert, Gymnasiasten zu 37 Prozent. Aber nicht nur dies ist negativ wahrnehmbar, sondern auch, dass im Vergleich zum Jahr 2010 in den verglichenen Gruppen das Engagement zurückging. Im Kontrast dazu steht allerdings, dass 62 Prozent aller befragten Jugendlichen angaben, dass sie durchaus bereit wären, sich zu engagieren. Genau diese jungen motivierten Menschen sollte die Gesellschaft abholen und ihnen die Chance geben, sich zu beteiligen, um ihren Beitrag zu leisten. Social Startups wie „ProjectTogether“, die sich für das Aktivwerden und Mitgestalten von jungen Menschen einsetzen, schließen die angesprochenen Lücken innerhalb der Gesellschaft.

#### **"Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!"**

Immanuel Kants Zitat "Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen" prägte die Zeit der Aufklärung, in dem sich ein Menschenbild widerspiegelte, was auf Autonomie und Mündigkeit des einzelnen Menschen, der seinen Verstand benutzen sollte, basierte. Daraus lässt sich schließen, dass jeder Mensch nach Kant dieses Potenzial besitzt und keine weiteren Faktoren, wie Geschlecht oder der sozioökonomische Status, eine bedeutende Rolle spielen. Doch dies entsprach im 18. und 19. Jahrhundert nicht der Wirklichkeit. Frauen wurden systematisch benachteiligt. Beispielsweise mit einem zu geringen Zugang zu Bildung und dem daraus resultierenden unzureichenden Wissen. Oder das Dreiklassenwahlrecht, welches Stimmen nach dem steuerlichen Aufkommen gewichtete. All das sprach nicht für die angestrebten Ziele Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Aufklärung setzte einen Meilenstein für ein selbstbestimmtes Leben und brachte Veränderungen in der Gesellschaft mit sich. Heutzutage charakterisieren Begriffe wie Selbstoptimierung, Unsicherheit und Beschleunigung unsere moderne Leistungsgesellschaft.

Neben dem Begriff der Leistungsgesellschaft ist auch der Elitenbegriff negativ konnotiert, was aufgrund unserer Geschichte zwar nachvollziehbar ist, aber sich zurzeit kontraproduktiv ausdrückt, da das Vertrauen in die Leistungsträger unserer Gesellschaft verloren gegangen ist. Dadurch entsteht eine Problematik, die aber auch den aktuellen Eliten zuzuschreiben ist. Sehen wir uns den Deutschen Bundestag an, der für den Bürger die politische Elite darstellt. Die Bundestagsabgeordneten und Minister setzen Maßstäbe für unser alltägliches Handeln. Daher ist es fatal, wenn bei Bürgern dadurch Misstrauen geweckt wird, dass manche von den sogenannten Eliten durch Fälschungen im Lebenslauf, eine Kinderporno-Affäre oder einen Drogenfund negativ auf sich aufmerksam machen. Sie erfüllen ihre Vorbildfunktion damit nur sehr mangelhaft. Doch sollten man sich nicht auch durch sein Verhalten die Bezeichnung elitär verdienen? Bundestagsabgeordnete sind nicht deswegen zugehörig zur gesellschaftlichen Elite, weil sie hervorragende akademische Leistungen erbracht haben, sondern weil sie mehr Verantwortung für die Gesellschaft tragen als andere. Aus diesem Grund sind Eliten – verantwortungsbewusste und engagierte Menschen – unersetzbar. Als Liberale sollten wir Aufmerksamkeit darauf lenken und für eine positive Besetzung des Begriffs werben.

#### **Alle müssen leisten**

Leistung ist die essentielle Komponente unseres wirtschaftlichen Wachstums und Wohlstands, welche man niemals vernachlässigen sollte und die stets gefördert werden sollte. Wir scheinen im Eifer um den bestmöglichen Karriereweg manchmal zu vergessen, dass wir auch dem Subsidiaritätsprinzip unterliegen. Zunächst soll also der Bürger handeln, bevor der Staat Maßnahmen einleitet. Wir sollten uns immer vergegenwärtigen, dass Geldverdienen und Konsum nicht dazu beitragen, eine proaktive, humane und lebendige Gesellschaft zu formen. Engagement in unserer Zivilgesellschaft bereichert diese hingegen, obwohl man sie nicht wie klassische Leistungen in Zahlen und Fakten messen kann. So sollten alle dazu motiviert werden, sich zu involvieren und zu leisten. Als Beispiel sind Social Startups passend, da diese antreiben, aktiv zu werden und sich einzusetzen – aber nicht nur für sich selbst, sondern dafür, die eigenen Leistungen auch in die Gesellschaft tragen, um schließlich Demokratie zu leben und zu gestalten.



**CHARLINE ANASTASIA LELEGEMANN (17)** ist Neumitglied bei den Jungen Liberalen. Sie engagiert mich bei dem Social-Startup „ProjectTogether“, welches sich für eine proaktive Gesellschaft einsetzt. Ihr erreicht sie unter [charline.lelegmann@gmail.com](mailto:charline.lelegmann@gmail.com)

# KINDER HAFTEN (NICHT) FÜR IHRE ELTERN!

**Jugendlichen darf nicht der Anreiz für Leistung aufgrund des familiären Hintergrunds genommen werden. Dafür darf der Staat auch mal etwas mehr als nötig zahlen.**

**D**ie siebzehnjährige Schülerin Juli möchte gerne mehr Taschengeld. Ihre Eltern können ihr aber nicht mehr geben. Deshalb beschließt sie, ihr erstes eigenes Geld zu verdienen. Kurzerhand bewirbt sie sich bei einem lokalen Unternehmen und vereinbart, dass sie neben der Schule an vier Samstagen pro Monat für jeweils acht Stunden arbeitet. Dafür erhält sie zehn Euro pro Stunde.

## **Wieviel Geld erhält Juli jeden Monat?**

Was sich zunächst wie eine ganz normale Aufgabe aus dem Mathe-Unterricht anhört, entpuppt sich als ziemliche Ungerechtigkeit. Denn Julis Eltern empfangen Arbeitslosengeld II (ALG II). Vielen ist diese sogenannte Grundsicherung für den Lebensunterhalt auch als Hartz IV

bekannt. Und damit ist die Rechnung für Juli nicht mehr ganz so leicht. Sie und ihre Eltern leben nämlich in einer Bedarfsgemeinschaft, in der das Einkommen aller Mitglieder für den ALG II-Bescheid mit einbezogen wird. Für unser Beispiel bedeutet das, dass Juli zwar zunächst die 320 Euro Arbeitslohn erhält, doch dieses Einkommen wird im nächsten Bescheid der Eltern berücksichtigt. Juli hat einen Freibetrag von 100 Euro pro Monat, der nicht angerechnet wird. Das verbleibende Einkommen über 100 Euro wird jedoch schon zu 80 Prozent angerechnet. Sollte das Einkommen 1.000 Euro übersteigen werden 90 Prozent und ab 1.500 Euro sogar 100 Prozent angerechnet. Von den 320 Euro bleiben somit nur noch 144 Euro übrig. Auf dem nächsten Bescheid von Julis Eltern fehlen also 176 Euro. Weil die Tochter arbeitet. Diese Summe wird fortan jeden Monat fehlen, in dem sie zu diesen Bedingungen beschäftigt ist. Natürlich könnte Juli die 320 Euro behalten, aber das würde die Eltern aufgrund des fehlenden Geldes vor ziemliche Probleme stellen. Und da Juli noch minderjährig ist, wäre das dann wohl auch das Ende des Minijobs, da die Eltern möglicherweise dann das weitere Einverständnis verweigern. Juli wird sich wohl daher dafür entscheiden, selber nur 144 Euro zu behalten.

## **Warum nimmt der Staat Juli so viel Geld?**

Zweck der Anrechnung ist eigentlich, dass nur demjenigen finanziell geholfen wird, der auch tatsächlich Hilfe benötigt. Wer ein ausreichendes eigenes Einkommen hat, braucht keine Unterstützung vom Staat. Dafür ist es grundsätzlich auch sinnvoll, das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft zu betrachten. Wenn zum Beispiel der Lebenspartner einen gut



bezahlten Job hat, besteht nicht die Notwendigkeit, dass zusätzlich auch noch staatliche Hilfe geleistet wird. Darunter fällt jedoch auch das Einkommen der eigenen Kinder. Für viele Kinder von ALG II-Empfängern fühlt es sich an, als ob sie für das Verhalten der eigenen Eltern bestraft werden, beziehungsweise für ihre Eltern haften. Wären Julis Eltern keine ALG II-Empfänger, dürfte sie die 320 Euro vollständig behalten. Letztlich werden also Kinder gegen ihre Eltern ausgespielt.

**D**och sieht so das Vorankommen durch eigene Leistung aus? Schon bei sehr geringem Einkommen liegt die Anrechnungsquote schnell über dem Spitzensteuersatz. Natürlich ist die Regelung ist keine Steuer im engeren Sinne, doch im Ergebnis kommt es einem Jugendlichen nicht darauf an, warum das Geld weg ist. Wenn dies für einen Jugendlichen die ersten Berührungspunkte mit dem Arbeitsmarkt sind, wird dies nicht ohne Folge bleiben. Denn hier wird direkt zu Beginn ein leistungsfeindliches Klima etabliert. Wer wie Juli 55 Prozent des Einkommens wieder abgeben muss, stellt sich schnell die Frage, warum man überhaupt arbeiten soll. Wenn das Verhältnis zur Leistung in der Jugend so gestört wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es im späteren Werdegang ähnlich bleibt. Die zarte Pflanze der Leistungsbereitschaft muss gehegt und gepflegt werden und geht sehr schnell ein. Danach ist es sehr schwer, ein positives Verhältnis zur Leistung aufzubauen. Deshalb ist es wichtig, dass Leistung von Anfang an belohnt wird.

Gerade in armen Familien haben wir in Deutschland das Problem, dass Armut vererbt wird. Wir haben viele Familien, die Harz-IV in zweiter oder sogar dritter Generation beziehen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Einer davon ist jedoch die fehlende Berufserfahrung. Nun sind Nebenjobs von Schülern sicher nicht das Allheilmittel und garantiert keine Absicherung dagegen, doch zumindest ist es ein Einstieg in das frühe Berufsleben und steigert damit die Chance, dass dieser Teufelskreis durchbrochen wird. Die Kinder können nichts für die Einkommenssituation ihrer Eltern. Wenn sie nun versuchen durch eigene Leistung ihre Situation zu verbessern, ist dieses Bestreben zu fördern und

nicht zu unterbinden. Staatliche Aufgabe ist natürlich nicht, die Jugendlichen in Jobs zu vermitteln, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Ausübung möglich macht. Dazu gehört auch, dass diese Ausübung sich überhaupt erst lohnt.

### Wieviel Geld sollte Juli jeden Monat behalten können?

Um Leistung für diese Jugendlichen wieder attraktiv zu machen, muss die Anrechnung des Einkommens überdacht werden. Maßgeblich sind dafür drei Stellschrauben: Freibetrag, Anrechnungsquote und Zeitraum. Grundsätzlich ist es schon sinnvoll, dass es eine Freibetragsgrenze gibt, denn die Kinder sind auch für ihre Eltern verantwortlich. Doch der Freibetrag ist mit derzeit 100 Euro sehr gering angesetzt. Eine Verantwortlichkeit für die höhere Generation ist meines Erachtens erst gegeben, wenn man für sich selbst genug hat. Mit 100 Euro im Monat ist man davon jedoch sehr weit entfernt. Ein Maßstab für diese Grenze könnte das sächliche Existenzminimum sein. Das sächliche Existenzminimum versucht zu bestimmen, welche Summe man mindestens braucht. Für Jugendliche beträgt dieses zurzeit 4.608 Euro pro Jahr, bzw. 384 Euro im Monat.

**D**ie Anrechnungsquote kennt zurzeit drei Stufen: 80, 90 und 100 Prozent. Das Problem mit so hohen Anrechnungsquoten ist, dass ab der Freibetragssumme die Bereitschaft, mehr zu arbeiten, stark abnimmt. Wenn von jedem selbstverdienten Euro nur 20 Cent übrigbleiben, überlegt man sich sehr genau, ob man die damit verbundenen Mühen auf sich nimmt. Spätestens, wenn man nichts mehr dafür bekommt, dass man mehr leistet, bricht die Bereitschaft völlig ab. Auch hier sollte der Halbteilungsgrundsatz gelten. Maximal die Hälfte sollte demnach von der Summe über dem Freibetrag angerechnet werden. Derzeit wird für die Bedarfsberechnung das Monatseinkommen abgestellt. Es gibt zwar auch eine Ausnahmeregelung für Ferienjobs, bei denen auf das bisherige Jahreseinkommen abgestellt wird. Dafür darf die Beschäftigung jedoch nicht vier Wochen im Jahr übersteigen. Wer also im Frühjahr, Sommer und Winter in den Ferien arbeiten will kommt sehr schnell über die vier Wochen. Alternativ könnte man grundsätzlich auf das Jahresabkommen abstellen. Dies würde den Jugendlichen nochmal mehr Flexibilität geben. Somit wäre auch ein dauerhafter Nebenjob möglich, der auch in den Ferien aufgestockt werden könnte.

Folge der oben beschriebenen Änderung ist natürlich, dass Familien trotz höherer Gesamteinkommen eine gleich hohe staatliche Zuwendung erhalten. Doch diese eigentlich konsumtiven Transferleistungen werden im weiteren Sinne zum Teil in investive Kosten umgewandelt. Dadurch, dass man hier mit einem großzügigeren Maßstab misst, als beispielsweise beim Einkommen des Lebenspartners, wird die Leistung der Kinder belohnt. Dies ist eine Ausgabe für die Zukunft in der Hoffnung, dass dies dazu beiträgt, dass die Kinder selbst später nicht mehr auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Dafür ist es schon in Ordnung, wenn der Staat kurzfristig mehr leistet, als nötig. Denn nur wer Leistung früh ermöglicht, kann auch später Leistung verlangen.



**CARL CEVIN-KEY COSTE** (20) ist Jurastudent und Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Hamburg. Er ist Mitarbeiter eines Mitgliedes der Hamburger Bürgerschaft in den Bereichen Familie, Kinder, Jugend, Sport und Ganztage und tritt zur Bundestagswahl 2017 selbst als Kandidat der FDP Hamburg an. Ihr erreicht ihn unter [coste@julius.de](mailto:coste@julius.de)

Das Leistungsprinzip wird in unserer Gesellschaft häufig als etwas Künstliches, als ein menschliches Gedankenkonstrukt verstanden. Manche politischen Strömungen gehen sogar soweit, dass sie die Notwendigkeit bzw. Existenz des Leistungsprinzips abstreiten. Was sie nicht begreifen, ist, dass Leistung etwas tief in der Evolution des Lebens Verankertes ist.

# Leistungsprinzip =

**F**rei nach Charles Darwins „Survival of the fittest“ ist Leistung der einzige Faktor, der über Leben, Tod und die Weitergabe des eigenen Genpools bestimmt. Natürlich spielen auch immer Umweltfaktoren eine Rolle, welche vom Individuum nicht oder schlecht beeinflusst werden können. Allerdings hat sich gezeigt, dass sich nur die Leistungsstärksten Individuen und Arten durchsetzen und auf Dauer Bestand haben können.

Die Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Umweltbedingungen ist ein, wenn nicht das wichtigste Leistungsmerkmal, das eine Art und auch ein Individuum an den Tag legen kann. Wer sich nicht anpassen kann, endet als Randnotiz der Geschichte. Die Dinosaurier, aber auch Zivilisationen wie die alten Griechen und Römer, waren nicht anpassungsfähig genug, um dauerhaft Bestand zu haben. Wer sich nicht an den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt anpassen konnte, hatte ebenfalls wenige Chancen, erfolgreich zu bestehen. Es mag ungerecht erscheinen und gerade an diesem Punkt wird Leistung häufig relativiert und der Versuch zur Anpassung als zu honorierendes Element hervorgehoben. Denjenigen, die sich dagegen wehren, wird Sozialdarwinismus vorgeworfen. Dass sie sich dabei lediglich einer unausweichlichen Notwendigkeit stellen, wird dabei gekonnt ignoriert.

## **Das Tier passt sich durch Mutationen an, der Mensch durch Technologien**

In wenigen Jahren wird der Menschheit ein neues Werkzeug der Anpassung zur Verfügung stehen. Die Veränderung des eigenen Erbgutes ist mit dem Durchbruch der CRISPR/Cas-Technologie greifbare Realität geworden. In China wurden bereits menschliche Embryonen gentechnisch verändert. Die Möglichkeiten sind schier grenzenlos. Von der

Ausmerzung einfacher genetischer Erkrankungen am Anfang bis hin zu völlig neuen biologischen Eigenschaften bei fortschreitender Technologiereife gibt es viele denkbare Szenarien.

Neben der Veränderung unseres Erbgutes spielt die Bionik eine weitere große Rolle. Implantate, Mensch-Maschine-Schnittstellen und viele weitere Errungenschaften der Bionik sind bisher zunächst auf die Korrektur von Krankheiten beschränkt. In der Zukunft ist aber auch eine breite Anwendung in der Verbesserung menschlicher Fähigkeiten denkbar. Bereits heute gibt es erste Menschen, die sich als Cyborg, also Mensch-Maschine-Hybrid, bezeichnen, weil sie Implantate besitzen, die ihnen Sinneswahrnehmungen ermöglichen, die sie sonst nie hätten. Die Paralympics sind ein weiteres Paradebeispiel für die unfassbare Leistungsfähigkeit von Implantaten. Auch hier scheint für die Zukunft kaum eine Grenze als unüberwindbar.

Die große Frage, die sich allerdings stellt, ist, ob es legitim sein darf, seine Leistung künstlich, sei es durch Gentechnik oder auch Bionik, zu verbessern. Ermöglicht man diese Aufwertung von menschlichem Leben, wird dann nicht anderes menschliches Leben unwert? Entsteht dadurch nicht ein Druck, dass sich auch diejenigen, die eine Verbesserung eigentlich ablehnen, trotzdem dazu entscheiden, um mithalten zu können? Fragen, die man sich gefallen lassen muss, wenn man sich für die freie Wahl einsetzt. Die einzige Möglichkeit, diesen Zweifeln entgegen zu treten, ist sich bewusst zu machen, dass man durch die Haltung, jeder Mensch solle sich nach seinen Möglichkeiten verbessern, nicht gegen quasi bestehende Naturgesetze verstößt, sondern diese schlichtweg einhält. Das natürliche Leistungsprinzip führt bei einer hoch technologisierten Spezies wie dem Menschen automatisch zu alternativen Wegen der Anpassung und Leistungssteigerung. Der Mensch hat hierfür die

# made by Nature

Technologie entdeckt. Andere Lebewesen haben hohe Mutationsraten, um sich anpassen zu können. Dies ist für den Menschen aber undenkbar und so ist die technologische Mutation menschlichen Lebens quasi eine zwingende Konsequenz des Naturgesetzes, welches Charles Darwin als „Survival of the fittest“ beschrieben hat. Ja, dabei werden Menschen auf der Strecke bleiben, der Großteil wird allerdings enorm davon profitieren und zur Anerkennung des Leistungsprinzips gehört es auch anzuerkennen, dass es Verlierer geben kann.

## **Transhumanismus als politisches Thema ist unvermeidlich**

Das Problem ist also nicht, dass wir uns anpassen und verändern müssen; das ist vielmehr eine Notwendigkeit. Das Problem ist, dass es immer Kräfte gibt, die Ängste davor, dass es Verlierer geben wird, ausnutzen und daraus eigenen politischen Profit schlagen wollen. Konservative und reaktionäre Kräfte bemühen fast immer die Angst, dass man bei einer Veränderung der Verlierer sein könnte. Die liberale Antwort kann hier immer nur der Mut und das Bekenntnis zur Veränderung und Fortschritt sein. Liberale sollten, nein, sie müssen, Veränderung und Fortschritt bedingungslos akzeptieren und anerkennen. Tun sie dies nicht, dann erkennen sie auch die Notwendigkeit des Leistungsprinzips nicht an und verneinen damit ihre eigenen politischen und philosophischen Wurzeln.

In der kommenden politischen Diskussion müssen Liberale sich also deutlich auf Seiten des Fortschritts positionieren. Dämonisierende und dystopische Schreckensbilder von Menschen, die zu „Sklaven“ genetisch veränderter Menschen werden, Technologien, die sich gegen uns wenden und auch die Behauptung, es wäre gegen den Willen welchen Gottes auch immer, den Menschen in dieser Form zu verändern, müssen Liberale grundsätzlich und kategorisch ablehnen. Veränderung und Fortschritt bedeuten

immer auch Fehler und Probleme. Liberale lernen aus diesen Fehlern und wachsen an den Problemen. In Deutschland hat sich vor einiger Zeit eine Kleinstpartei für Transhumanisten, also Menschen, die der Verbesserung des Menschen offen gegenüberstehen, gegründet. Dies spricht deutlich dafür, dass die sich gerade entwickelnde Bewegung der „Biohacker“ und „Cyborgs“ sich nicht ausreichend repräsentiert fühlen.

Wenn Liberale in Deutschland sich nicht noch weiter zersplittern wollen, dann ist höchste Eile und Aufmerksamkeit geboten, sich endlich mit diesem wichtigen Thema auseinander zu setzen und progressive, leistungs- und fortschrittsbejahende Positionen zu formulieren und diese offensiv zu kommunizieren. Transhumanismus als politisches Thema ist unvermeidlich. Je früher man sich mit diesem Thema auseinandersetzt und sich positioniert, desto eher hat man die Chance, die Entwicklungen mitzugestalten. Es ist an der Zeit!



**PATRICK GUIDATO** (31) kommt aus Bochum, promovierte in Biochemie und hat langjährige Erfahrung im Bereich der Molekularbiologie und Gentechnik. Bei den JuLis hat er sich in verschiedenen Positionen programmatisch eingebracht und ist nun Leiter des Unterausschusses Forschung und Technikfolgenabschätzung im BAK Bildung & Innovation. Ihr erreicht ihn unter [patrick.guidato@julis.de](mailto:patrick.guidato@julis.de)

# NEO LIBERAL ISMUS

Schimpf-  
wort

oder

Tugend

?

Der Brockhaus kennt den Neoliberalismus als „wirtschaftspolitisches und sozialphilosophisches Konzept für eine Wirtschaftsordnung, die durch die Steuerung aller ökonomischen Prozesse über den Markt, das heißt durch freien, funktionsfähigen Wettbewerb gekennzeichnet ist.“

Zunächst einmal ist Verwunderung angebracht. Warum fragen sich Liberale, ob dieses Modell ein Schimpfwort sein könnte? Doch diese Frage hat ihre Berechtigung. Eine liberale Wirtschaftsordnung kennzeichnet sich nun einmal hauptsächlich durch die Vorrechtsstellung des Marktes. Das ist auch im politischen Diskurs kein Geheimnis und kein Grund, sich zu schämen. Die Freiburger Schule und der Ordoliberalismus werden zum Neoliberalismus gezählt. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft seit 1949 ist zum Teil auch dieser Denkschule zuzurechnen. Häufig jedoch wird der Begriff „Neoliberalismus“, insbesondere aus dem linken Spektrum, als Schimpfwort verwendet. Jakob Augstein ging sogar einmal soweit, den Neoliberalismus als „Faschismus unserer Zeit“ zu bezeichnen. Linke

sehen ihn als Gegenmodell; nicht nur zur Zentralverwaltungswirtschaft, sondern auch als Gegenmodell zur Demokratie.

### **Der Neoliberalismus hat eine dunkle Geschichte**

Der Wandel der Bedeutung von einer sozialen oder freieren Marktwirtschaft zum „Faschismus unserer Zeit“ lässt sich mit dem Beispiel Chiles erklären. 1973 putschte in Chile General Pinochet gegen den gewählten Präsidenten Allende. Unter Führung des Militärs kam es zu massiven wirtschaftlichen Reformen. Im Zuge dessen wurden wichtige Ministerien mit Ökonomen besetzt, die ihr Fach an der Universität von Chicago gelernt hatten. Die sogenannten „Chicago Boys“ waren Anhänger der liberalen Theorien von Hayek und Friedman. Während die chilenische Wirtschaft sich gut entwickelte, blieb die Lage der Menschenrechte jedoch fatal. Das ist der Vorwurf, den Linke dem Neoliberalismus machen. Dabei waren Hayek und Friedman zeitlebens der Auffassung, dass wirtschaftliche Freiheit nicht dauerhaft unter Abwesenheit politischer Freiheit existieren kann. Die Ergebnisse der chilenischen Politik sind aber noch heute sichtbar. Chile hat eine der modernsten, flexibelsten und stärksten Wirtschaften in Südamerika. In internationalen Vergleichen liegt Chile auch bei der Steuerbelastung positiv vorne - sehr, sehr viele Plätze vor den europäischen Staaten.

In den 80er Jahren haben zwei demokratisch gewählte Regierungen auch eine neoliberale Politik gemacht und waren damit mehr als erfolgreich. Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich und Ronald Reagan in den USA haben mit Liberalisierung, Privatisierung und Steuersenkungen die Wirtschaft ihrer Länder wieder stark gemacht.

Heute ist es nicht nur Jakob Augstein, der den Neoliberalismus als Machwerk des Bösen ansieht. Innerhalb der Linkspartei und der SPD gibt es deutliche Stimmen, die jede marktwirtschaftliche Position als neoliberal abtun. Doch auch in der AfD macht sich eine Abneigung gegen den Begriff breit. Im öffentlichen Diskurs wird das kaum hinterfragt. Man nimmt diese Diffamierung mehr oder weniger hin. Daraus spricht nicht nur eine mangelhafte Beschäftigung mit den Ideen und den Grundsätzen des Neoliberalismus, sondern auch eine grundsätzliche Ablehnung des deutschen, marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems. Denn Neoliberalismus heißt eben auch soziale Marktwirtschaft. Natürlich muss der Markt so frei wie nur möglich agieren können. Der Staat hat jedoch auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die nicht an marktwirtschaftlichen Prozessen teilnehmen können, entsprechend versorgt werden. Die Antineoliberalen sagen mit ihren Verurteilungen mehr über sich, als man zuerst denken mag. Sie sagen eben nicht nur, dass beispielsweise die Liberalisierung des Fernbusmarktes neoliberal sei. Sie sagen auch, dass Neoliberalismus etwas Schlechtes, ja gar etwas zu Verurteilendes sei. Damit sind sie enttarnt. Denn jeder, der sich einmal mit dem Neoliberalismus beschäftigt hat, weiß, dass das so nicht richtig ist. Der Neoliberalismus ist, genau wie andere politische Theorien, ein Teil des politischen Prozesses. Er hat genauso eine Daseinsberechtigung wie andere volkswirtschaftliche Konzepte. Seine Beurteilung liegt lediglich im Auge des Betrachters.

### **Die regressive Linke spielt mit der Angst der Deutschen**

Nicht nur die Respektlosigkeit gegenüber anderen politischen Ideen ist hier Kennzeichen der antineoliberalen Populisten. Es zeigt sich eben auch die schon erwähnte Ablehnung der sozialen Marktwirtschaft. Wer den Neoliberalismus grundsätzlich ablehnt, der kann auch nur ein

schwieriges Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft haben. Statt dieser müsste man dann mit einer marktwirtschaftlichen Planwirtschaft rechnen. Ähnlich wie im Vereinigten Königreich vor der Thatcher-Revolution würde der Staat massiv in Wirtschaftsleben eingreifen. Die Verstaatlichung von Banken ist da nur der erste Schritt. Wiederverstaatlichung von Bahn, Post, Telekom und vielen weiteren Unternehmen würden folgen. Die regressive Linke, aus deren Reihen die Kapitalismuskritik und die Ablehnung des Neoliberalismus am lautesten schallt, will mehr oder weniger genau das. Sie spielt mit der Angst der Deutschen vor der freien Marktwirtschaft.

**W**ie soll aber der Liberalismus mit der durchaus zwiespältigen und schwierigen Geschichte des Neoliberalismus umgehen? Es gibt im Grunde nur zwei Möglichkeiten. Der deutsche Liberalismus kann den Begriff und die mit ihm zusammenhängende positive wie negative Geschichte vergessen, verleugnen oder ausblenden. Statt den Kampf der Worte zu führen, können wir uns neue Begriffe für unsere Politik überlegen. Damit nähmen wir der politischen Linken in Deutschland das Futter, das sie zur Diffamierung nutzen. Der Begriff wird aber nicht verschwinden. Auch wenn wir ihn ablehnen, wird er den Liberalen weiterhin vorgeworfen werden. Die zweite Möglichkeit ist das positive Bekenntnis zum Neoliberalismus. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges wäre ohne die Ideen von Eucken und Ludwig Erhardt niemals möglich gewesen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft, die der Freiburger Schule entspringt, ist das Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft.

### **Wirtschaftliche und bürgerliche Freiheit sind untrennbar**

Wie die meisten politischen Ideen hat aber auch der Neoliberalismus seine Schattenseiten. Niemand möchte sich mit den Gräueltaten der Pinochet-Diktatur gemein machen. Doch das verlangt auch niemand. Eine ökonomische Idee kann nur im Zusammenhang mit der sie begleitenden politischen Idee gesehen werden. Doch gerade bei dieser historischen und moralischen Betrachtungsweise offenbart der Neoliberalismus seine ganze Ambivalenz. Er war eben nicht nur wirtschaftspolitische Basis der chilenischen Diktatur, sondern auch jene Idee, die die zerfallende Wirtschaft, insbesondere im Vereinigten Königreich, wieder auf die Füße gehoben hat - durch die Besinnung auf Privateigentum und einen Staat, der nicht nur rechnen kann, sondern sich auch zurückhält.

Machen die positiven Beispiele neoliberaler Politik die negativen wieder wett? Natürlich nicht, keine politische Idee ist makellos. So ambivalent, wie der Neoliberalismus ist, sollte auch unser Umgang mit ihm sein. Er ist ein Teil des Liberalismus, der zu ihm gehört. Was der Liberalismus schaffen muss, ist, die grundsätzliche Idee einer staatsfernen Wirtschaft zu behalten, aber gleichzeitig auch die andere Seite des liberalen Staatsverständnisses zu erhalten. Denn Liberale stehen - wie sonst niemand - für Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschenrechte ein. Diese beiden Teile des Liberalismus sind untrennbar miteinander verbunden. Eine freie Wirtschaft, die Menschenrechte verletzt, ist ebenso illiberal, wie eine Demokratie in der nur der Staat im Wirtschaftsleben agiert.



**MORITZ VOELKNER** (20) studiert in Münster Geschichte und Sozialwissenschaften. Die Ideengeschichte des Liberalismus liegt ihm sehr am Herzen. Darin muss auch der Neoliberalismus eine Rolle spielen. Ihr erreicht ihn unter [voelkner@julius.de](mailto:voelkner@julius.de)

# Liebe Julis,

in Deutschland ist der Begriff Leistung meistens mit finanziellem Erfolg, sportlicher Fitness oder guten Zeugnissen verbunden. Alles Dinge, die man leicht messen und sich dadurch vergleichen kann. Doch wie sieht es in anderen Teilen der Welt aus? Verschiebt sich dieser Begriff mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Wertvorstellungen? Einen kleinen Einblick wollen wir euch heute als Internationales Komitee geben. Viel Spaß beim Lesen.  
*Eure Katharina*



## NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina ([schreiner@julis.de](mailto:schreiner@julis.de)) oder das Internationale Komitee ([intkom@julis.de](mailto:intkom@julis.de)) gerne Rede und Antwort.

## Konfession statt Leistung



**LARISSA SAAR** (20) ist Leiterin der IntKom Gruppe Naher Osten/Nordafrika und Studierende für Englisch und Politik in Bonn. Ihr erreicht sie unter [larissa.saar@t-online.de](mailto:larissa.saar@t-online.de)

**Meritokratie** beschreibt eine Gesellschaft, in der Erfolg von Leistung abhängt und nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Doch Gruppendenken ist einfacher und bewirkt die Idee einer Gesellschaft von „uns“ gegen „die Anderen“. Diese Trennung kann entlang unterschiedlichster Linien entstehen - Herkunft und Ethnie im faschistischen Denken oder Einkommen im sozialistisch-kommunistischen Denken. Im Nahen Osten besteht diese Trennlinie häufig entlang der Religion - Christen oder Muslime, Sunniten oder Schiiten. Letztlich bewirkt ein solches vereinfachtes Gruppendenken jedoch entweder offenen Konflikt wie in Syrien und im Jemen oder Stillstand. So blieb zum Beispiel der Libanon in den letzten 25 Jahren zwar weitestgehend verschont von offenen Konflikten, doch ein konfessionsbasiertes Konsenssystem hat zu Stillstand des gesamten Verwaltungsapparats geführt - bei der (nicht vorhandenen) Müllentsorgung oder bei fast drei Jahren ohne Einigung auf einen Präsidenten.

## Testlauf für ein Grundeinkommen in Finnland



**MITJA SCHULZ** (26) ist Leiter der IntKom Gruppe Europa und Studierender in Global Studies in Berlin. Ihr erreicht ihn unter [mitja.schulz@julis.de](mailto:mitja.schulz@julis.de)

**Finnland** erlebt derzeit wirtschaftlich schwierige Zeiten. Auf Jahre der Rezession folgte 2015 ein Wirtschaftswachstum von nur 0,2 Prozent - deutlich unter dem EU-Schnitt von 2,2 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit ist mit 9,4 Prozent höher als bei den skandinavischen Nachbarn. Hinzu kommt der Niedergang von Nokia, dem einstigen Marktführer in Mobilfunkelektronik. Um diese Probleme zu bewältigen, prüft die finnische Regierung derzeit unter Anderem in einem Testlauf die Einführung eines Grundeinkommens. 10.000 Menschen sollen vom Staat 560 Euro bekommen. Einfach so. Aktuell werden Sozialleistungen gekürzt, sobald eine neue Tätigkeit aufgenommen wird. Die Motivation, gering bezahlte Jobs anzunehmen, ist also niedrig. Durch das Grundeinkommen sollen neue Arbeitsanreize geschaffen und der Verwaltungsaufwand auf staatlicher Seite reduzieren werden.

Ob das Experiment die gewünschten Ziele erreicht, bleibt abzuwarten. Der Ausgang könnte aber auch die Diskussion in Deutschland neuentfachen. Mit dem liberalen Bürgergeld steht schon länger ein Konzept im Raum, das einen schlüssigen Mittelweg zwischen Leistungsgesellschaft und sozialer Absicherung bietet. Einen Versuch ist es wert, denn durch den rasanten technologischen Fortschritt werden nicht nur verhältnismäßig einfache Tätigkeiten durch Maschinen abgelöst, sondern auch die Jobs hochqualifizierter Menschen durch künstliche Intelligenz bedroht.

# Liebe an der Côte d'Ivoire - Leistung und Gegenleistung



**ALICE SCHMIDT** (26) ist Leiterin der IntKom Gruppe Afrika und Volunteer Manager in Berlin. Ihr erreicht sie unter [alice.schmidt@julius.de](mailto:alice.schmidt@julius.de)

„**Ich** kann mir derzeit keine Freundin leisten.“ Wir als Delegation der Jungen Liberalen an der Côte d'Ivoire staunten nicht schlecht, als uns ein junger Ivorer so auf die Frage antwortete, ob er derzeit Single sei. Wir hakten nach und erfuhren, dass Liebe an der Côte d'Ivoire völlig anders funktioniert. Jede unverheiratete Frau kann sich ihren Boyfriend frei aussuchen. Sie bleibt allerdings nur so lange bei ihm, wie er ihr Geldleistungen erbringt. „Die Frau hat ja ansonsten nichts von der Beziehung und auf diese Art und Weise wird sie auch vor der Heirat finanziell abgesichert“, erläuterte der Ivorer ganz selbstverständlich. Für uns Europäer aber ganz und gar unverständlich. Auf der einen Seite ist es erschreckend, dass Frauen in den Augen des Ivorers an Liebe und Sexualität keinen Spaß haben können. Auf der anderen Seite ist das für Frauen in einem Land mit dem 171. Platz im HDI-Ranking eine Möglichkeit des vergleichsweise freien Lebens ohne Heirat. Was uns dies zeigt, ist, dass das westliche Liebeskonzept nicht so einfach übertragbar ist, wie wir vielleicht denken.

## Paradebeispiel Japan?



**MARIANNE SCHÄFER** (26) ist Leiterin der IntKom Gruppe Asien und Studierende der Microelectronics and -systems in Freiburg. Ihr erreicht sie unter [marianne.schaefer@posteo.de](mailto:marianne.schaefer@posteo.de)

**Bei** Leistungsgesellschaft in Asien fällt einem vermutlich zuerst Japan ein. Die Japaner, die mehr oder weniger freiwillig unendlich viele Überstunden machen, oft erst spät abends aus dem Büro kommen und ihren gesetzlichen Urlaubsanspruch nur zu einem Bruchteil wahrnehmen. Stimmt alles. Ja, Japan ist eine Gesellschaft die sehr auf Leistung ausgelegt ist. Interessant ist jedoch, dass unter Leistung weniger Effizienz verstanden wird, als vorwiegend lange Arbeitszeiten. Auch Rentner engagieren sich zum Beispiel als Verkehrspolizisten, wobei dann fünf Personen mit „Leuchtschwertern“ den Verkehr um eine kleine Baustelle herumwinkeln. Effizient? Nein. Aber ein Ausscheiden aus dem Arbeitsleben ist für viele unvorstellbar.

Ein Ausscheiden aus dem Leben ist hingegen akzeptiert. Stress, Angst vor Versagen und die kulturelle Akzeptanz katalysieren Japan ganz weit nach vorne in den weltweiten Suizidstatistiken.

## American Nightmare: Vom Millionär zum Tellerwäscher?



**JULIAN LUBE** (24) ist Leiter der IntKom Gruppe Nordamerika und studiert Politik in Wien. Ihr erreicht ihn unter [julian.lube@me.de](mailto:julian.lube@me.de)

**Soziale** Mobilität ist ein nichtwegzudenkender Bestandteil einer funktionierenden Leistungsgesellschaft. In Form des Satzes „From Rags to Riches“ wurde sie Bestandteil des American Dream, dem US-amerikanischen Nationalmythos schlechthin.

Über die Frage, ob der American Dream – so er denn je für viele Menschen galt – heute noch realisierbar ist, wurde in den letzten Jahren viel gestritten. Donald Trumps Wahlsieg hat gezeigt, dass viele amerikanische Wähler schon weiter sind: Sie denken nicht mehr über den „American Dream“ nach, sondern fürchten sich vor dem „American Nightmare“. Soziale Mobilität ist nämlich untrennbar auch mit sozialem Abstieg verbunden. Zwar bleiben ehemalige Millionäre als Tellerwäscher im Diner um die Ecke die absolute Ausnahme, in weiten Teilen der Gesellschaft, nicht nur in den USA, grassiert aber die Angst vor dem sozialen Abstieg. Unbenommen bleibt, dass von einer wohlhabenden Gesellschaft alle profitieren, zum Beispiel durch wissenschaftlichen Fortschritt und eine dadurch bessere Gesundheitsversorgung. Der Mensch vergleicht seinen Lebensstandard aber nicht zuerst mit dem eines afrikanischen Bürgerkriegsflüchtling, sondern mit dem seines Nachbarn und dem seiner Landsleute. Das ist weder arrogant noch zynisch, sondern schlicht menschlich.

Die Angst der Wähler vor dem sozialen Abstieg hat Trumps Aufstieg ins Weiße Haus ermöglicht. Sein Wahlsieg wird nun häufig als weiterer Sargnagel für das liberale Zeitalter gedeutet. Falsch ist das nicht unbedingt, denn die Zeichen der Zeit sind unübersehbar und beunruhigend. Europas Liberale müssen nun durch konkrete Politik statt durch hohle Phrasen zeigen, dass das Versprechen der Leistungsgesellschaft, nämlich Aufstieg durch eigene Anstrengung, wieder gilt. Wenn die US-Wahl unser Weckruf war, hat Trump den Liberalismus am Ende nicht besiegt, sondern wieder auf die Siegestraße geführt.

# Mein Leben ist ein Rihanna Song

Das (Pop)kulturelle Phänomen der Leistungsgesellschaft

Wer Partygänger ist, weiß: Der eigene individuelle Musikgeschmack entscheidet, ob eine Party als „laser“ oder „lame“ gilt. Worauf sich die Partypeople einigen können: Der richtige Song verleiht mehr Flügel als jeder Energy-Drink. So gibt es für jede Art von Leistung einen passenden Song. Wirklich? Eine laienhafte Betrachtung.



**A**ls David Guetta 2011 „Work Hard, Play Hard“ veröffentlichte, empfand die popkulturelle Gemeinde nicht unbedingt nur Liebe. Sei es nun für die eintönige, aber gleichzeitig eingängige Pophymne oder aber für die Attitüde des Übermenschen, die Guetta propagiert. Doch kaufte man ihm diesen Song ab? Ja. Nahm man ihn auch ernst? Spätestens seit seines zum Internetmeme verkommenen Auftritt bei der Fußball-Europameisterschaft 2016 nicht mehr. Mittlerweile ist dieser Songtitel viel mehr als nur ein Song - er ist ein Slogan für Sportler und Menschen, für die eine 60-Stunden-Woche das höchste aller Gefühle darstellt.

Es ist Samstag. Bevor ich diesen Text hier vollendet habe, bin ich um sechs Uhr aufgestanden, habe ein gesundes Frühstück zu mir ge-

nommen und war zehn Kilometer laufen. Danach habe ich mich noch etwas um mein Zweit- und Dritteinkommen gekümmert und sitze nun hier. Meine zwei Mitbewohner haben einen etwas anderen Tagesablauf. Einer von ihnen ist mit mir aufgestanden und engagiert sich gerade ehrenamtlich. Ein anderer ist kurz nach Mittag aufgewacht und hat somit erfolgreich einen zwölfstündigen Schlaf absolviert. Ich hingegen bin ein Workaholic.

## Nicht aufgeben!

Wir hören den Satz: „Leistung soll sich wieder lohnen.“ Warum eigentlich? Wer frisch von der Uni oder der Schule in das Haifischbecken Berufswelt springt, erlebt häufig den Sprung ins kalte Wasser. Nicht nur ist die verrichtete Tätigkeit meilenweit von dem entfernt, was Trainees,



Volontäre oder Auszubildende an der Uni gelernt haben. Auch das Gehalt ist mitunter fernab der auf den einschlägigen Karrierewebsites genannten Beträgen.

Häufig führt der Weg zudem zum Arbeitsamt, um eine sogenannte Aufstockung zu beantragen. Laut Statistik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag die Anzahl der Menschen, die zu ihrem Arbeitslohn Leistungen nach SGB-II erhalten, im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen. Da heißt es: Friss oder stirb! Denn der Kampf um die eigenen Finanzen geht weiter. Doch was lehrt uns Rocky IV? Nicht aufgeben!

Doch was ist mit denen, die diese Stufe bereits hinter sich gelassen haben? Gibt es ein Licht am Ende des Tunnels? Die Jahre gehen ins Land und die Karriere sollte wachsen. Der Mensch erlebt Höhen und Tiefen. Es gibt immer mal Monate, in denen man geistig drei Mal gekündigt hat. Der Chef brüllt einen an und kündigte uns dreimal mündlich. Zweimal wurden wir wieder eingestellt und dann war Mittag. Was bleibt einem da noch mehr als „Work Bitch“ von Britney Spears?

### I want to break free!

Ein einfacher Ausbruch aus der Leistungsgesellschaft scheint in Deutschland nicht möglich zu sein. In Amerika inzwischen Gang und Gebe, hierzulande aber noch eine Schlagzeile wert ist das Sabbatical. Erst im November gab XING-CEO Thomas Vollmoeller bekannt, auch er habe ein Privatleben und wolle sich diesem nun voll widmen. Für Top-Manager seien solche Schritte ungewöhnlich, schließlich zeige man dadurch eine gewisse Schwäche, resümierten die einschlägigen Blätter. Demnach sind Menschen mit Privatleben oder zumindest dem Wunsch nach etwas, das diese Bezeichnung verdient hat, Verlierer? Der Wunsch auszubrechen, ist in meinen Augen spätestens seit Queens „I Want To Break Free“ mehr als legitim. Wenn wir aus gesellschaftlichen Mustern, Konventionen, Rollen und Stigmata ausbrechen können, warum dann nicht aus unserem Arbeitsleben?

In der Musikindustrie erscheint mir, mit meinem Halbwissen sämtlicher Songs, dieses Thema durchaus unterrepräsentiert. Es gibt genug Songs, die man im Hintergrund seiner Kündigung spielen könnte, aber welchen Song sollte ich spielen, wenn ich eine Elternzeit oder einen langen Urlaub plane? „Time To Say

Goodbye“ erscheint mir an dieser Stelle zu platt und zu dramatisch. „Gefühlt alles von Weezer“, war der Tipp meines Korrektors.

### „Keep Your Head Up“ oder doch „Loser“?

Gleichermaßen hat es den Anschein, dass nur wenige Songs das Thema Scheitern beinhalten. Bisher war ich auf keiner der neumodischen „FuckUp Nights“, aber was wird dort zur Eröffnung gespielt? „Keep Your Head Up“ von Ben Howard oder doch „Loser“ von Beck? Vielleicht sollte ich einfach die steigende Anzahl an Startup-Gründern in meinen sozialen Netzwerken befragen.

Gleichermaßen zur Zahl meiner Freunde, die Unternehmen gründen, steigt die Anzahl derer, die Familien gründen. Hier beobachte ich ein für mich spannendes Phänomen: Angenommen, die Musikindustrie bildet in gewisser Form unsere Gesellschaft ab – warum wird das Thema „Familie“ nicht abgebildet? Schließlich ist eine Familie zu gründen, zu erhalten und pflegen auch eine Leistung. Mit Blick auf Weihnachten weiß wohl jeder, wovon ich rede.

### Deichkind kennt die Arbeitswelt

Wir neigen dazu, bei uns die Existenzgründer und Selbständigen zu feiern. Warum feiern wir nicht mal die Hochleistungserbringer im Verborgenen? Die Berufsanfänger, die aufstocken müssen. Diejenigen, die geistig dreimal kündigen, aber in der Realität ihr Ding durchziehen. Abwasserinstallateure. Köche. Müllmänner. Lokführer. Die, die pünktlich nach Hause zur Familie gehen und trotzdem einen guten Job machen. Die Kassierer, die sich den ganzen Tag mit schlechtgelaunten Menschen rumschlagen und trotzdem lächeln.

Wir würden uns selbst einen Gefallen tun, den Begriff der Leistung zu destigmatisieren. Jeder für sich leistet etwas. Jeder setzt sich individuelle Ziele. Sei es nun der Firmenbonus oder das Überstehen des unvermeidlichen Montags nach einem vermeintlich viel zu kurzen Wochenende. Jeder verdient die Unterstützung, die er braucht. Und wenn es vorerst nur in Form von Musik ist. Daher möchte ich zum Schluss noch Deichkind danken, die wohl am ehesten passende Songs, zumindest für die Arbeitswelt, liefern: „Bück dich hoch“, „Arbeit nervt“ und „Selber machen lassen“. Am Ende schreibe ich meinen Song dann vielleicht doch selber: „I’ve got 99 Problems but Leistungsdruck shouldn’t be one!“ Micdrop.



**SANDRA DROSSEL-BÜCK** (29) ist PR-Beraterin mit 60-Stunden-Woche und lebt in München. Rapmusik und nachdenkliche Sprüche mit Bildern helfen ihr nach langen Arbeitstagen beim Abschalten. Ihr erreicht sie unter [sbueck@google-mail.com](mailto:sbueck@google-mail.com)

### Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:  
Bundesverband Junge Liberale e.V.  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin  
Telefon: (030) 680 78 55-0  
Telefax: (030) 680 78 55-22  
E-Mail: [info@julius.de](mailto:info@julius.de)

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):  
Laura Schieritz ([schieritz@julius.de](mailto:schieritz@julius.de))

Autoren:  
Carl Cevin-Key Coste, Johannes Dallheimer, Sandra Drossel-Brück, Samuel Frey, Patrick Guidato, Philipp Hartwig, Charline Lelgemann, Julian Lube, David Sam, Larissa Saar, Marianne Schäfer, Alice Schmidt, Katharina Schreiner, Mitja Schulz, Pascal Teuke, Moritz Voelkner, Georg Wassa

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an [schieritz@julius.de](mailto:schieritz@julius.de) schicken.

Bildnachweise  
S.12: [iStockphoto.com/Tanaonte](https://www.iStockphoto.com/Tanaonte)  
S.22: [flickr.com/EvaRinaldi](https://www.flickr.com/EvaRinaldi)  
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen  
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FEIERT **HEBAMME LINDA**  
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche  
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.  
Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/linda](http://www.pkv.de/linda)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**